

Stand: 10.06.2026 17:36:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12306

"Für eine Serviceoffensive als Baustein einer modernen und serviceorientierten Verwaltung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12306 vom 10.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Für eine Serviceoffensive als Baustein einer modernen und serviceorientierten Verwaltung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Servicequalität im öffentlichen Dienst auf Grundlage der bereits bestehenden Regelungen sowie unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu prüfen. Dabei sollen die unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger sowie die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Verwaltung hinreichend einbezogen werden.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, dem Landtag nach seiner Ausarbeitung über das Konzept zu berichten.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ des Landtags hat im Rahmen ihrer Handlungsempfehlungen zum Thema „Bürokratieabbau gegenüber Bürgerinnen und Bürgern“ empfohlen, eine Serviceoffensive für den öffentlichen Dienst zu entwickeln. Einheitliche, zentral vorgegebene Mindeststandards etwa zu Erreichbarkeit, (möglichst digitaler) Terminvereinbarung, Öffnungszeiten oder Bearbeitungsdauer sollen hierfür erarbeitet und implementiert werden. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, die Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Servicequalität im öffentlichen Dienst zu prüfen.